

Von einer quantitativen Mehrheit zu einer qualitativen Macht? Die Interessenvertreter der älteren Generation

Munimus, Bettina

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Munimus, B. (2012). Von einer quantitativen Mehrheit zu einer qualitativen Macht? Die Interessenvertreter der älteren Generation. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 12(1), 4-17. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-317802>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Von einer quantitativen Mehrheit zur qualitativen Macht?

Die Interessenvertreter der älteren Generation

von Dr. Bettina Munimus

Zusammenfassung: Der demografische Wandel führt nicht nur dazu, dass die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten schrumpft, vor allem wird sich auch der Altersaufbau wandeln. Die gesellschaftspolitischen Folgen werden beträchtlich sein: Einer wachsenden Zahl von Rentenempfängern mit höherer Lebenserwartung und damit längerem Rentenbezug stehen umgekehrt immer weniger erwerbstätige Beitragszahler gegenüber. Vieles spricht dafür, dass Alter stärker als je zuvor eine politische Dimension einnehmen wird. Was bedeutet dieser Wandel für die politische Interessenvertretung älterer Menschen? Entwickelt sich angesichts möglicher Verteilungskonflikte gar eine einflussreiche Seniorenlobby? Die quantitative Macht der Älteren spiegelt sich nicht nur in ihrer wachsenden Bedeutung als Wählergruppe wider, sondern ist zudem durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Interessenvertretern im Feld der Seniorenpolitik gekennzeichnet. Bislang teilen alle intermediären Großorganisationen, wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände, ein nach wie vor generationenübergreifendes Politikverständnis. Die folgende Untersuchung zeigt, dass sich die ‚latente‘ Macht der Älteren aufgrund ihrer numerischen Größe zwar nicht zu einer ‚manifesten‘ Macht im Sinne einer ‚Rentner-Demokratie‘ entwickelt hat, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog zugespitzt formulierte. Allerdings gibt es Hinweise auf eine antizipierte Macht der Älteren, die bisweilen in einem ‚vorausseilenden Gehorsam‘ von politischen Entscheidungsakteuren zum Ausdruck kommt.

Einleitung

„20 Millionen Rentner sind 20 Millionen Wähler!“, mit diesen Worten ermahnte der langjährige Präsident des Sozialverbands VdK, Walter Hirrlinger, Politiker aller Parteien, in sozialpolitischen Fragen nicht zu Lasten seiner Klientel zu entscheiden.¹ Der VdK zählt rund 1,5 Millionen Mitglieder, zusammen mit dem Sozialverband Deutschland SoVD und der ostdeutschen Volkssolidarität sind rund 2,4 Millionen meist ältere Menschen in den Sozialverbänden organisiert. In den acht DGB-Gewerkschaften steht heute jedes fünfte Mitglied aus Alters-

gründen außerhalb des Erwerbslebens. Mit 1,4 Millionen Gewerkschaftssenioren zählen die Arbeitnehmervertreter mit zu den größten Organisationen für Senioren in Deutschland. Und die beiden Volksparteien CDU und SPD altern stärker und schneller als die Bevölkerung.² Nahezu die Hälfte der Mitglieder in beiden Parteien ist 60 Jahre und älter. Zudem hat im Mai 2011 der ADAC einen eigenen Seniorenverband mit dem Namen „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND) gegründet. Als Vorbild dient die „American Association of Retired People“ (AARP), der in den USA nach eigenen Angaben rund 40 Millionen Mitglieder angehören.³ Mit Blick auf die Bundesrepublik Deutschland stellt sich die Frage: Entsteht auch hierzulande eine machtvolle ‚graue Lobby‘, die als Interessenvertreter der Älteren Einfluss auf politische Entscheidungen zu Gunsten ihrer größer werdenden Klientel übt? Unter dem Signum zunehmend eingeschränkter finanzieller Spielräume hätte eine solche Entwicklung wohl eine Schlechterstellung der jüngeren Generation zur Folge.

Bislang werden die Gegenwartsinteressen der Älteren und die Zukunftsinteressen der Jüngeren durch das sozialstaatliche Arrangement des generationenübergreifenden Solidarvertrages ausbalanciert. Allerdings ist die etablierte Institutionenordnung in den vergangenen Jahren poröser geworden. Der demografische Wandel, der Umbau des Sozialstaats, gestiegene Partizipationsansprüche der ‚jungen Alten‘⁴, die Finanz- und Wirtschaftskrise und nicht zuletzt die ökologische Frage wirken auf die Stabilität und Nachhaltigkeit des Generationenvertrages ein. Eine dauerhafte, bewussteinbildende Konfliktlinie ‚Alt gegen Jung‘ hat sich bisher im deutschen Sozialstaatsmodell auch deshalb nicht herausgebildet, weil sich die Interessenvertreter der Älteren wie auch der Jüngeren einer „Politik für alle Lebensalter“ auf dem normativen Fundament des Generationenvertrages verpflichtet fühlten.⁵

Aber kommt es zu einer tektonischen Machtverschiebung in Folge des demografi-

schen Wandels und des Reformbedarfs einer nachhaltigen sozialstaatlichen Finanzierung? Ist Deutschland auf dem Weg zur „Rentner-Demokratie“, wie es der ehemalige Bundespräsident Robert Herzog zugespitzt formuliert hat⁶, steht die Gerontokratie, die Herrschaft der Alten, bevor? Im Folgenden wird die Frage erörtert, wie die politischen Interessen der älteren Generation in Deutschland vertreten werden. Es wird die These diskutiert, dass sich bislang noch keine machtvolle Lobby der Älteren in Deutschland entwickelt hat. Die Interessenslage der Älteren erweist sich als zu heterogen, als dass sich ein im Marxschen Sinne emphatisches Generationenbewusstsein hinsichtlich eines singulären Interesses entwickelt. Gleichwohl kommt dieser Bevölkerungsgruppe eine antizipierte Macht zu, vor allem deshalb, weil die Akteure im Feld der Seniorenpolitik, einschließlich der Parteien, die wachsende Bedeutung der älteren Wählerschaft vor Augen haben.

Die Welt vergöttert die Jugend, aber regieren lässt sie sich von den Alten.
/ Henry de Montherlant /

Empirische Grundlage für die folgenden Ausführungen sind zum einen Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt der Universität Kassel, in dem die Verfasserin zur Interessenvertretung von Senioren in Deutschland und in ausgewiesenen internationalen Beispielen forschte.⁷ Zum anderen werden Ergebnisse aus der Dissertation zur Frage der Auswirkungen des Alterungsprozesses auf die Volksparteien CDU und SPD herangezogen.⁸

Zur politischen Organisationsfähigkeit von Interessen der Älteren

Das ‚Alter‘ als eigenständige Lebensphase ist durch die sozialstaatlich organisierte Freistellung von Erwerbsarbeit ökonomisch scharf abgegrenzt. Die auskömmliche materielle Absicherung und die institutionell abgegrenzte Statuserlangung ist ein Ergebnis der Großen Rentenreform 1957 der Regierung Adenauers. Mit der Einführung der Rente als Lohnersatzleistung wurde der So-

lidarvertrag zwischen erwerbstätiger und nicht mehr erwerbstätiger Generation in einer Sozialstaatsssäule fest verankert. In der Rentenversicherung als ausgabenintensivstem Pfeiler des deutschen Sozialversicherungssystems stellt sich die Frage der Alters- und Generationengerechtigkeit am deutlichsten.⁹ Seit der Einführung der ‚Volkssicherung‘, die die Kopplung der Renten an die Löhne und der damit am Status orientierten Integration in die deutsche Arbeitsgesellschaft beinhaltete, hat die Altersarmut ihren unmittelbaren ökonomischen Schrecken zumindest für die heutige Rentnergeneration verloren.¹⁰

Auch wenn die Gruppe der Ruheständler höchst heterogen ist und sich nach Geschlecht, Vermögen, Milieu, Gesundheitszustand und letztlich nach biografischen Merkmalen in vielfältiger Weise unterscheidet, so teilen Rentner und Pensionäre als „sozialrechtlich homogenisierte Großgruppe“¹¹ ein gemeinsames Interesse: ein würdiges, selbstbestimmtes und materiell hinreichend abgesichertes Leben im Alter – selbst wenn die Höhe der tatsächlichen Ansprüche stark variieren kann. Eine Rentnerrhöhung kommt unabhängig von der tatsächlichen Lebenslage allen Rentnern zugute. Das Interesse an einem ‚guten Leben im Alter‘ wird von allen Generationen gleichermaßen geteilt, allerdings aus unterschiedlichen Perspektiven: Während es für die ältere Generation im Ruhestand ein Gegenwartsinteresse mit unmittelbarem Lebensbezug und akuter Betroffenheit darstellt, sieht es die jüngere, erwerbstätige Generation als ein mittelbares Zukunftsinteresse, das gewissermaßen durch seine zeitliche Entfernung abstrakt erscheint.¹² Dies scheint ein nachvollziehbarer Grund dafür zu sein, dass sozialpolitische Einsparreformen, etwa bei der Rente, in der Regel erst zukünftige Rentenempfänger betreffen. Die jeweils amtierende Regierung vermeidet unmittelbar spürbare Einschnitte, die den Status quo der Gegenwartsinteressen der Älteren im Ruhestand betreffen.

Als der ehemalige hessische Ministerpräsidentin Roland Koch in einem Interview im Mai 2010 gefragt wurde, warum er beabsichtige, im Bildungsbereich sparen zu wollen, antwortete er unverblümt: „Was wäre wohl los gewesen, wenn ich zuerst über die rund 80 Milliarden Euro staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung gesprochen hätte? Dann wären Vertreter der älteren Ge-

neration mit derselben Empörung über mich hergefallen wie jetzt die Bildungspolitiker“.¹³ Für seine Pläne, gerade zukunftsrelevante Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung zu kürzen, wurde der CDU-Politiker vehement kritisiert. Frank Schirrmacher mutmaßte in der *Frankfurter Allgemeinen*, ob Koch zuvor die Studie von Harald Wilkoszewski gelesen habe.¹⁴ Dessen wissenschaftliche Ergebnisse auf der Grundlage von 14.000 Befragten lieferten erstmals einen messbaren Nachweis über einen vorhandenen Alterseffekt.¹⁵ Dieser drückt aus, dass mit zunehmendem Alter die Wahrscheinlichkeit sinkt, sozialpolitische Maßnahmen für gut zu erachten, die nicht die eigene Altersgruppe betreffen. Je älter die Person, zudem kinderlos, desto geringer die Bereitschaft, beispielsweise den Ausbau der Kinderbetreuung politisch mitzutragen. Eine denkbare Konsequenz für die Zukunft wäre: Je älter die Gesellschaft, desto schwieriger ist es für die Politik, sozialpolitische Entscheidungen im Bereich Bildung und Familie durchzusetzen – ohne eine Abstrafung durch das ältere Wählervolk befürchten zu müssen.

Geht man von einer geteilten Interessenlage von Personen im Ruhestand aus, stellt sich die Frage, welche Prämissen vorliegen müssen, damit sich ein ‚latentes‘ Interesse zu einem ‚manifesten‘ Interesse entwickelt, und wann das ‚organisierte Interesse‘¹⁶ zu kollektivem Handeln führt. Hierzu liefert die politikwissenschaftliche Verbändeforschung unterschiedliche Überlegungen. In der Offe’schen Konflikttheorie werden die Interessen sozial randständiger Gruppen, wie etwa die der Armen, Arbeitslosen und eben auch der Alten, als sogenannte ‚schwache Interessen‘ definiert. Durch ihre unzureichende motivationale und materielle Ressourcenausstattung im kapitalistischen Wirtschaftssystem unterliegen sie den ‚starken Interessen‘ – jenen Interessen erwerbstätiger Gesellschaftsgruppen, die über Machtpotenziale und einen hohen Organisationsgrad verfügen.¹⁷ Wie Offe darlegt, hängt die verbandsförmige Organisation gesellschaftlicher Interessen davon ab, ob die Interessengruppe über Machtpotenziale verfügt, um gegenüber der Gesellschaft und dem politischen Gegner systemrelevante Leistungsverweigerungen glaubwürdig anzudrohen. Personengruppen, die außerhalb des kapitalistischen Leistungsverwertungsprozesses stehen, besitzen durch ihren gesellschaftlichen Status keine weitreichenden

konfliktfähigen Sanktionsmittel. In diesem Sinne wären Pensionäre und Rentner eine wenig konfliktfähige Interessengruppe, da sie im Gegensatz zu Arbeitnehmern beispielsweise keine systemrelevanten Leistungen durch Streiks androhen oder verweigern können. Damit würden sie eine Gruppe darstellen, die nicht in der Lage ist, „gesellschaftlich relevanten Druck“¹⁸ auszuüben. Die Offe’sche Konflikttheorie wurde unter anderem dahingehend kritisiert, dass sie zu einseitig auf den Gegensatz von Arbeit und Kapital ausgerichtet sei.

Historisch gesehen ist die sozialstaatlich gut abgesicherte (männliche, westdeutsche) Altenpopulation, deren Lebensweg mehrheitlich durch soziale und wirtschaftliche Prosperität begleitet wurde, wohl eine einmalige Altengeneration. Als Konsumenten nehmen die ‚Woopies‘ (well-off older people) in der ‚Seniorenwirtschaft‘ einen zukunftssträchtigen Wachstumsfaktor ein. Galt lange Zeit die Vorstellung des sparsamen, bescheidenen älteren Verbrauchers, lösen die konsumfreudigen, in Teilen hedonistischen ‚jungen Alten‘ dieses Image ab.¹⁹ Bereits heute ist die Nachfrage der über 50-Jährigen an privaten Konsumgütern und Dienstleistungen für annähernd 50 Prozent der Ausgaben verantwortlich.²⁰ Diese Gruppe wird Berechnungen zufolge im Jahr 2035 58 Prozent der Gesamtkonsumausgaben tätigen, während die unter 50-Jährigen nur noch einen Anteil von 42 Prozent ausmachen werden.²¹ Insbesondere die über 65-Jährigen sind als ‚Zielgruppe der Zukunft‘ identifiziert, wenn die Babyboomer, die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und frühen 1960er Jahre, das Rentenalter erreichen.

Grundsätzlich gilt: Je geringer das Bewusstsein für das Interesse, desto schwächer die Motivation, es zu verwirklichen. Und je geringer die ideellen und materiellen Ressourcen, desto schwächer ist ein Interesse.²² Im Marxschen Sinne müsste auf der Ebene eines „emphatischen Generationenbewusstseins“ der Übergang von einer „Generation an sich zu einer Generation für sich“ erfolgen.²³ Aber wann entsteht ein geteiltes Generationsbewusstsein?

Rentenempfänger teilen die kollektive Erfahrung der ‚Entberuflichung‘ in der Ruhestandsphase. Diese Erfahrung ist in einer Arbeitsgesellschaft wie der deutschen ein prägendes Merkmal von Exklusion, wobei dies zunächst nicht negativ konnotiert sein muss. Zudem sind die Rentenempfänger

dauerhaft und umfassend von Sozialleistungen abhängig, auch wenn die individuellen Lebenslagen verschieden sein mögen. Diese hohe Interessenhomogenität spielt als Determinante eine wichtige Rolle.²⁴ Infolge der dauerhaften und sozial nicht stigmatisierten Abhängigkeit vom Sozialstaat sowie ihrer zahlenmäßig großen Population ist davon auszugehen, dass sich Rentner vergleichsweise gut organisieren könnten. Damit sind sie in der Tat eine große, ‚latente‘ Gruppe. Gleichwohl führt ein kollektives Interesse im Sinne der „Logik des kollektiven Handelns“ nach Mancur Olson nicht zwangsläufig zur Entstehung eines organisierten Interesses.

Sozialstaat und Demokratie sind keine Relikte des 20. Jahrhunderts.

/ Frank-Walter Steinmeier /

Denn rational handelnde Menschen treten nicht notwendigerweise einer Organisation bei, wenn sie auch ohne eigene Beiträge als „Trittbrettfahrer“ vom Kollektivgut profitieren können.²⁵ Der generationenübergreifende Konsens, der in der deutschen Nachkriegsgesellschaft durch den solidarischen Generationenvertrag verankert wurde, integrierte die Interessen der Älteren in allen Institutionen. Dieser normative und organisatorisch unterfütterte Konsens prägt bis heute die politische Kultur und schließt seither die Interessenvertretung von Älteren innerhalb alters- und generationenübergreifender Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und sogar Sozialverbände ein.²⁶ Auch deshalb haben die Grauen Panther und andere Rentnerparteien bislang keine nennenswerten Erfolge erzielen können.

Allein die Tatsache, dass Ältere eine Rentenleistung erhalten, führt nicht automatisch zur Entstehung eines Interessenkollektivs. Der Lebensabschnitt der Nacherwerbsphase ist nach milieu- und schichtspezifischen, ethnischen, geschlechtsspezifischen und gesundheitlichen Merkmalen höchst differenziert. Dies erschwert ihre kollektive Handlungsfähigkeit trotz des generellen Interesses an einem materiell gut abgesicherten Leben im Alter außerordentlich. Vor allem die Rentenversicherung ist infolge ihrer Statusorientierung geradezu darauf fixiert, vorhandene Differenzen aus der Erwerbsphase beizubehalten, wenn nicht gar zu verstärken. Kurzum: Ein gleiches Alter führt noch lange nicht zu gleichen Interessen.²⁷

Olsons „Theorie des kollektiven Handelns“ wurde entgegen gehalten, seine Annahme, wonach eine vermeintlich homogene innere Struktur von Interessengruppen zur Organisationsfähigkeit von Interessen notwendig sei, käme empirisch nicht vor. Als Weiterentwicklung des Olson’schen Ansatzes stellt die „Theorie der kritischen Masse“ die Heterogenität von Gruppen heraus. Diese Vielfalt ist durch die Interdependenz und die Mobilisierungswirkung einzelner Akteure gekennzeichnet. Hauptthese dieses Ansatzes ist, dass um den Kern innerhalb von Gruppen die ‚kritische Masse‘ besteht. Diese setzt sich aus einer Anzahl von Mitgliedern zusammen, die bereit sind, eigene Ressourcen – etwa in Form von Geld und Zeit – für die gesamte Gruppe einzubringen. Bleibt diese Zahl gering, fehlt damit die nötige Investition, es kommt nicht zur kollektiven Aktion und auch nicht zur Interessenvertretung nach außen. Eine gemeinsame Aktion von Personen mit gleichen oder ähnlichen Interessen kommt dann in Gang, wenn die Beteiligten sich darüber bewusst sind, dass ihre quantitative Zusammensetzung groß genug ist. Dabei ist die tatsächliche Gruppengröße oder die Anzahl der Mitglieder nicht das ausschlaggebende Kriterium. Von Relevanz ist vielmehr der zentrale Kern derjenigen Mitglieder („large contributors“), die zum einen hoch engagiert sind und zum anderen die entscheidenden Ressourcen in ausreichendem Umfang in die Interessenvertretung einbringen.²⁸ Dabei muss die ‚kritische Masse‘ keineswegs homogen sein. Gerade die letzte Überlegung eröffnet eine interessante Perspektive: Theoretisch wäre es also möglich, dass die große Zahl der Älteren beispielsweise in den Parteien und Gewerkschaften sich ihrer gemeinsamen altersbezogenen, also ‚objektiven‘ Gegenwartsinteressen bewusst wird und sie dementsprechend wirkungsvoll das innerorganisatorische Meinungsbild prägen wollen. Notwendig für eine solche Bewusstseinsbildung wäre nicht einmal eine große Anzahl an Partizipanten; vielmehr müsse ein Kern an Hochaktiven bereit sein, sich der Vertretung der altersbezogenen Gegenwartsinteressen hinzugeben.

Die machtvollen Wähler

Im Wettbewerb um Wählerstimmen werden Parteien aller Couleur das Altern der Wählerschaft fest vor Augen haben. Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten stieg von 47,2 Jahre im Jahr 1953 auf 50,7 Jahre bei der Bundestagswahl 2005 an, Tendenz stei-

gend.²⁹ Der Anteil der über 60-jährigen Wahlberechtigten kletterte von rund 27 Prozent bei der ersten Bundestagswahl 1949 auf 32,8 Prozent bei der Bundestagswahl 2009.³⁰ Wähler bis 30 Jahre stellten bei der letzten Wahl dagegen lediglich rund 16,4 Prozent des Elektorats dar.³¹ Im Jahr 2040 sollen Berechnungen zufolge 40 Prozent aller Wahlberechtigten 60 Jahre oder älter sein.³² Eine kleiner werdende Gruppe unter 30-Jähriger steht einer großen Gruppe älterer Wähler gegenüber.³³ Angesichts dieser Entwicklung ist die Frage berechtigt, ob ältere Wähler ihrem zahlenmäßigen Gewicht auch in elektoralen Entscheidungen Ausdruck verleihen.

Neben ihrem wachsenden Anteil gehen ältere Bürger zudem überdurchschnittlich häufig zur Wahlurne. Bei Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung der Wähler im sechsten Lebensjahrzehnt regelmäßig über 80 Prozent. Wie unterschiedlich Jüngere und Ältere zur Wahl gehen, veranschaulicht exemplarisch die Bundestagswahl 1990 im Jahr der Wiedervereinigung: Damals lag die Wahlbeteiligung im Durchschnitt bei 76,3 Prozent, die bis dahin niedrigste elektorale Teilnahme. Von den über 60- bis 69-Jährigen gaben 86,5 Prozent ihre Stimme ab, von den 18 bis 25-Jährigen hingegen nur 63,3 Prozent.³⁴

Die Wahlforschung liefert zwei Ansätze, um Altersunterschiede im Wahlverhalten zu erklären: die Position des Individuums im Lebenszyklus sowie die Zugehörigkeit zu einer Geburtskohorte. Die erste These erklärt die Unterschiede zwischen Jung und Alt damit, dass *Alters- bzw. Lebenszykluseffekte* als direkte Korrelate des Alterns existieren, die unabhängig von der Kohortenzugehörigkeit sind. Politische Präferenzen, Einstellungen und individuelle Wahlentscheidungen orientieren sich zyklisch an bestimmten Lebensabschnitten, so die Annahme. Solche Effekte seien auf soziale Verhaltensmuster oder psychologische Erfahrungen im Lebensverlauf zurückzuführen.³⁵ Mit steigendem Alter rücken demnach zentrale Werte des Konservatismus wie Sicherheit und Stabilität in den Mittelpunkt der politischen Orientierung. Diese der älteren Wählerschaft unterstellte Entscheidungspräferenz versuchen sich die Unionsparteien als strategischen Vorteil zu Nutze zu machen, indem sie Themen wie die innere Sicherheit oder die Rente auf die wahlpolitische Agenda setzen und Gesellschaftsreformen skeptisch gegenüberstehen.³⁶

Die sogenannten *Kohorten- bzw. Generationeneffekte* gehen von der Vorstellung aus, dass eine in derselben Zeitphase geborene Gruppe ähnlich prägende Sozialisationserfahrungen als Jugendliche und junge Erwachsene teilt, die maßgeblich auf die politischen Einstellungen wirken. Die Erfahrungen als Erstwähler sind hier entscheidend. Der Konservatismus der älteren Generation, die noch unter der Regierung Adenauer sozialisiert wurde, ist demnach lediglich ein „transitorischer Zustand“ und nicht einem endogenen Zyklus im Lebenslauf geschuldet.³⁷

tagswahl 2009 lag die Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg bei 71,4 Prozent und erreichte damit ihren historischen Tiefststand seit Bestehen der Bundesrepublik. Selbst die Beteiligung der wahlifrigen 60- bis 69-Jährigen ging auf 80 Prozent zurück. Hingegen fiel bei dieser Wahl die Wahlbeteiligung der über 70-Jährigen zum ersten Mal höher aus als die der gesamten Wahlbevölkerung.⁴¹ Dies ist jedoch damit zu erklären, dass die Wahlbeteiligung insgesamt gesunken ist.

Auch in der unmittelbaren Wahlentscheidung, etwa im Hinblick auf Eigenschaften

Um die Parteipräferenzen im Wahlverhalten älterer Wähler zu erklären, wurde im wissenschaftlichen Diskurs bis Mitte der 1990er Jahre die These des sogenannten ‚Alterskonservatismus‘ diskutiert. Diese beinhaltet die Vorstellung, dass politisch konservative Orientierungen mit zunehmendem Alter zunehmen. Ältere Menschen seien, so die Überlegung, eher jenen Parteien zugeneigt, die Ruhe, Ordnung und Stabilität versprechen. Untermuert wurde diese Annahme von Alber mit Verweis darauf, dass ältere Menschen konservativer seien als jüngere, da es im höherem Alter mehr zu konservieren gebe.⁴⁶ Als Konsequenz dieser Entwicklung sahen einige Wahlforscher wie Roth und Emmert die Unionsparteien vor allem in Westdeutschland als Gewinner der demografischen Veränderung.⁴⁷ Die These des Alterskonservatismus, die ausschließlich auf Alterseffekten beruht, lässt sich nach Goerres auf der Basis der vorhandenen Datengrundlagen nicht belegen.⁴⁸ Statistisch kommen vielmehr generationenspezifische Kohortenunterschiede und die individuelle Parteienidentifikation im Wahlverhalten zum Ausdruck.⁴⁹

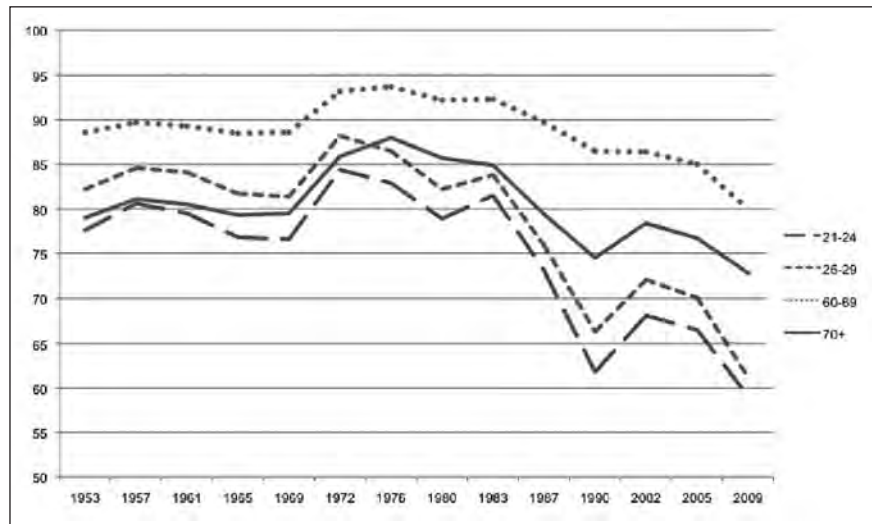


Abbildung 1: Wahlbeteiligung unterschiedlicher Altersgruppen bei Bundestagswahlen 1953 bis 2009.³⁸

Die im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen regelmäßig höhere Wahlbeteiligung der 60- bis 69-Jährigen im Jahr 1990 kann mit Kohortenunterschieden erklärt werden. Ältere Wähler gehören zu jenen Geburtskohorten, die in den prägenden Jugendjahren und im frühen Erwachsenenalter den Zweiten Weltkrieg und den Wiederaufbau der jungen Bundesrepublik erlebt haben. Sie zeigen einen größeren Bürgersinn und ein prinzipielles Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit der repräsentativen Demokratie. Sie sehen im demokratischen Wahlgang eine Staatsbürgerpflicht.³⁹ Die Wahlabstinenz der jüngeren Kohorten wird damit begründet, dass deren Pflichtbewusstsein schwächer ausgeprägt sei.⁴⁰

Wahlen allein machen noch keine Demokratie.
/ Barack Obama /

Allerdings nimmt die Gruppe der Nichtwähler in den vergangenen zwanzig Jahren in allen Altersgruppen zu. Bei der Bundes-

der Wahlkandidaten und Parteipräferenzen, bestehen Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Wählern. Nach einer Studie der Bertelsmann Stiftung waren zu Beginn der 2000er Jahre die Merkmale ‚Glaubwürdigkeit und Sachverstand‘ des politischen Kandidaten wichtige Kriterien bei der Wahlentscheidung. Erstgenanntes gewinnt mit dem Alter der Befragten zunehmend an Bedeutung.⁴² In der Probandenstudie der US-amerikanischen Soziologin Jane A. Piliavin aus dem Jahr 1987 konnte zudem ein „Altersähnlichkeitseffekt“⁴³ festgestellt werden: Jüngere Teilnehmer bevorzugten eher jüngere Kandidaten, ältere Teilnehmer sprachen sich häufiger für ältere Kandidaten aus.⁴⁴ Die Präferenz älterer Kandidaten durch ältere Wähler könnte zwar zu älteren gewählten Politikern in einer alternden Gesellschaft führen, gegenwärtig ist dies jedoch nicht zu beobachten. Über 60-jährige Abgeordnete sind im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten unterrepräsentiert.⁴⁵ Ihr Anteil liegt im aktuellen Bundestag fraktionsübergreifend bei 16 Prozent.

Tatsächlich gab es in der Geschichte der Bundesrepublik eine Präferenz der über 60-Jährigen für CDU und CSU. Die Parteienidentifikation in der Gruppe der über 60-Jährigen zugunsten der Unionsparteien seit Ende der 1950er bis 1970er Jahre – nahezu die Hälfte dieser Altersgruppe favorisierte die CDU/CSU – ist in der Prägekraft der Adenauer-Zeit zu sehen.⁵⁰

In den 1970er Jahren konnte die SPD in der Wählergruppe der über 60-Jährigen zeitweilig einen Anstieg auf rund 42 Prozent verbuchen. Generell konnte die SPD im Jahr 1969 und in den 1970er Jahren vor allem Jungwähler für sich gewinnen. Der Anstieg in jenen Jahren erklärt sich mit dem Zuspruch zur sozial-liberalen Regierungskoalition auch in dieser Altersgruppe. Mit der Regierungsübernahme von Helmut Kohl sank der Wähleranteil der über 60-Jährigen für die SPD und blieb auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Dass die unter der Regierungszeit Willy Brandts geprägte Generation nun mehrheitlich auch in die Ruhestandsphase übergeht, ist auch am Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2009 zu beobachten: Die Sozialdemokraten erzielten bei Männern über 60 Jahren mit 27,6 Prozent ihr bestes Ergebnis.⁵¹ Parteienidentifikation entsteht nicht nur durch die Erfahrungen als Jungwähler und die spe-

zifische Prägung durch das sozial-kulturelle Herkunftsmilieu, sondern geht auch aus einer allgemeinen Werthaltung hervor. Diese veränderlichen Werte beeinflussen Angehörige unterschiedlicher Generationen in ihren politischen Präferenzen. Der bekannteste Erklärungsansatz für den Wertewandel in den vergangenen 30 Jahren ist die ‚Postmaterialismusthese‘. Die Verinnerlichung postmaterialistischer Werte wie Freiheit, Frieden, Gleichheit oder Umweltschutz kann zu einer Verschiebung politischer Präferenzen führen. Wie der US-Soziologe Ronald Inglehart für Westeuropa und die USA empirisch belegen konnte, verfolgen Kohorten, deren Angehörige in verhältnismäßig prosperierenden Zeiten aufgewachsen sind, stärker postmaterielle Werte als frühere Kohorten, die in ihren prägenden Sozialisationsjahren materielle Entbehrungen erfahren haben.⁵² Dass sich das individuelle Wahlverhalten eher mit Periodeneffekten bzw. Generationenunterschieden erklären lässt, zeigt in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Wahlergebnisse von Bündnis90/Die Grünen im Zeitverlauf. Die Grünen, die aus der gesellschaftlichen Thematisierung ökologischer Fragen hervorgegangen sind, platzierten das Thema Umweltschutz prominent auf ihrer politischen Agenda. Damit machten sie erstmals postmateriell orientierten Wählern ein parteipolitisches Angebot. Die Wählerschaft der Grünen altert mit dem Bestehen der Partei: Während im Jahr 1980 gerade einmal 0,4 Prozent der Wähler über 60 Jahre die Grünen wählten, waren es bei der Bundestagswahl 2009 fünf Prozent. Harald Künemund sieht die Grünen als die eigentlichen Wahlgewinner des demografischen Wandels, wenn sich die Parteizuneigung der Kohorten der Sozialen Bewegung der 1980er Jahre im Lebenslauf nur geringfügig verändert.⁵³ Allerdings schränkt er auch ein, dass der Zuwachs der Grünen nicht nur von der Zuneigung der zukünftigen Älteren abhängt, sondern gleichwohl mit der Zustimmung der dann Jüngeren korrespondiert.

Es bestehen also nicht nur Unterschiede darin, wie oft Ältere und Jüngere zur Wahl gehen, sondern auch welcher Partei sie ihre Stimmen geben. Zu fragen ist, ob hierbei ein Konflikt zwischen Jüngeren und Älteren bzw. zwischen Rentnern und Erwerbstätigen in Wahlen erkennbar ist. Diese Fragen sind Jürgen Falter und Uwe Gehring anhand deutscher Wahlstudien bis 1994 nachgegangen.⁵⁴ Sie kommen zu dem Schluss, dass für

die deutsche Wahllandschaft keine Konfliktlinie zwischen Jung und Alt sichtbar ist. Für die Bundestagswahlen bis einschließlich 1994 sei keine grundsätzliche altersdifferenzierte Parteipräferenz festzustellen. Manfred G. Schmidt argumentiert in diesem Zusammenhang hingegen, dass nicht die unterschiedliche Parteifavorisierung sondern die bevorzugte Koalition bzw. das präferierte parteipolitische Lager von Jung und Alt für Wahlsieg oder -niederlage entscheidend sein wird. Anhand der Zweitstimmenverteilung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 untersuchte er die unterschiedliche Parteipräferenz von Jüngeren und Älteren, genauer die der Rentner und die der Erwerbstätigen. Sowohl 2002 als auch 2005 stimmten die über 60-Jährigen zugunsten des bürgerlich-liberalen Parteienlagers, die Gruppe der Erwerbstätigen gab ihre Stimme hingegen einer der linksorientierten Parteien bzw. einer Linksregierung.⁵⁵ Insgesamt nimmt die Stammwählerschaft für eine einzelne Partei in der Wählergruppe der über 60-Jährigen jedoch wie in allen Altersgruppen ab. Unterschiede in der Parteienidentifikation zwischen und innerhalb politischer Generationen werden kleiner; junge wie alte Bürger sind in ihrer Wahlentscheidung individueller und volatiler geworden. Auch vermögen früher prägende politische Erlebnisse und generationale Sozialisationsunterschiede immer weniger spätere Wahlpräferenzen zu erklären.⁵⁶

Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst.
/ Konrad Adenauer /

Gegen eine Konfliktlinie entlang des Alters spricht das schlechte Abschneiden von Rentnerparteien. Die Stimmenanteile dieser Kleinparteien mit seniorenpolitischer Agenda bei Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen sind bislang verschwindend gering.⁵⁷ Faktisch machen ältere Menschen, die zum überwiegenden Teil ihren Lebensunterhalt aus Renten und Pensionen bestreiten, bislang kaum von der Möglichkeit Gebrauch, durch eine gezielte, am eigenen Alter orientierte Stimmabgabe Wahlentscheidungen herbeizurufen. Erklärt werden kann dies dadurch, dass Wähler nicht nach dem Übergang in den Ruhestand ihre bisherigen politischen Sympathien ablegen und als Rentner und Pensionäre gänzlich anders wählen.

Bislang liegen für Deutschland keine profunden empirischen Erkenntnisse darüber

vor, wie altersspezifische Interessenlagen auf das individuelle Wahlverhalten wirken. So steht die außerplanmäßige Rentenerhöhung im April 2008, die als taktisches „Wahlgeschenk für Ältere“⁵⁸ der Großen Koalition im Hinblick auf die Bundestagswahl 2009 kritisiert wurde, in keinem kausalen Zusammenhang mit dem späteren Bundestagswahlergebnis der beiden Sozialstaatsparteien Union oder SPD.⁵⁹

Allerdings kann bei Wahlen oder Referenden über sozialpolitische Gesetze, wie etwa eine Rentenreform, die Altersposition der Wähler eine erhebliche Rolle spielen. Bonoli und Häusermann konnten einen Alterseffekt bei Referenden in der Schweiz feststellen. Insbesondere bei arbeitspolitischen Fragen zeigen sich die Unterschiede zwischen Personen in Erwerbstätigkeit und im Ruhestand. Über 65-Jährige würden sich demnach häufiger beispielsweise gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprechen.⁶⁰

So ist auch für Deutschland in der Tat anzunehmen, dass Rentner sich wahltaktisch anders verhalten könnten als Arbeitnehmer.⁶¹ Goerres argumentiert, dass dieser Umstand das Wahlverhalten beeinflussen kann und vor allem die Parteien ihr Politikangebot nach der entsprechenden Wählergunst ausrichten.⁶² Gerade die Volksparteien neigen zu einer seniorenfrendlichen Politik, die die Gruppe der Älteren hinsichtlich Kürzungsmaßnahmen verschont, um die wahlpolitische Macht einer numerisch wachsenden, politisch einflussreichen Rentnerschicht nicht gegen sich aufzubringen.⁶³ Mit der wachsenden Wählergruppe über 60 Jahre antizipieren die Parteien eine wahlpolitisch entscheidende Macht, um deren Gunst sie in besonderer Weise werben.

Interessenvertreter der älteren Generation
Seniorenpolitik ist eine themenübergreifende Querschnittsaufgabe, die in hohem Maße mit anderen Politikfeldern verzahnt ist. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Interessen der Älteren in sozialer, materieller und partizipativer Hinsicht agieren im Feld der Seniorenpolitik ganz unterschiedliche Akteure. Man kann von einer vertikal und horizontal ausdifferenzierten Akteurslandschaft sprechen, wie in Abbildung 2 zu sehen ist.

In dieser Arena sind seit einigen Jahren neue Dynamiken zu beobachten. Der Dachverband BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft

der Seniorenorganisationen) vertritt über 100 unterschiedlich ausgerichtete Vereinigungen. Diese innere Heterogenität erschwert eine gemeinsame Positionsfindung, gleichwohl ist zu beobachten, dass die BAGSO in den vergangenen Jahren stärker in sozialpolitischen Fragen Stellung bezieht. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass sich das gestiegene Engagement der ‚jungen Alten‘ in den zahlreichen und wachsenden kommunalen Seniorenbeiräten niederschlägt.⁶⁵

Die Seniorenorganisationen von CDU und SPD

In den Mitgliederstatistiken von CDU wie SPD dominiert die Altersgruppe der über 60-Jährigen. Die großen Parteien sind hinsichtlich ihres Altersdurchschnitts somit längst nicht mehr Volksparteien im engeren Sinne, sondern aufgrund des fehlenden Nachwuchses deutlich überaltert, genauer gesagt: unterjüngt. Mitglieder unter 29 Jahren machten im Jahr 2010 bei der CDU lediglich 6,1 Prozent und bei der SPD 7,9

der Älteren und Zukunftsinteressen der Jüngeren innerhalb der eigenen Reihen entstehen. Das Ausbalancieren der unterschiedlichen Interessenlagen würde für die im Grundsatz generationenübergreifenden Willensbildungsassoziationen zur Herkulesaufgabe höchsten Ranges.

Das Beispiel einer solchen Szenerie bot sich 2008: Kurz vor der Bundestagswahl 2009 beschloss die Große Koalition eine Rentenerhöhung um 1,1 Prozent. Der damals 27-jährige CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Spahn, der die Aufhebung der Rentenformel öffentlich kritisierte, musste daraufhin um sein Bundestagsmandat bangen – die Senioren-Union kündigte an, seine erneute Kandidatur verhindern zu wollen.⁶⁸

Während die Mitgliederbasis von Christdemokraten und Sozialdemokraten unauffalt-sam altert, sind die Älteren in den zentralen Funktionen der Parteien jedoch unterrepräsentiert. Es ist eher ein gegenläufiger Trend im Sinne einer Repräsentationslücke festzustellen. Obwohl die Seniorenorganisationen der Parteien zu den größten Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften zählen, erhalten ältere Parteimitglieder auf diesem Weg nicht zwangsläufig mehr Einflussmöglichkeiten. Im Gegenteil, Spitzenpositionen in den Führungsgremien der Parteien werden weiterhin kaum mit Älteren besetzt. Es lässt sich für die Parteivorstände konstatieren: Je höher die Organisationsebene, desto weniger sind Mitglieder über 60 Jahre vertreten.

Ebenso wenig bildet sich die Alterung der Gesellschaft in der politischen Legislative und Exekutive ab: Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt seit Jahrzehnten relativ konstant bei circa 50 Jahren; das aktuelle Bundeskabinett ist sogar das jüngste in der Geschichte der Bundesrepublik. Erschwerend kommt hinzu, dass der Zugang zu Spitzenwahlämtern vor allem auf der kommunalen Ebene durch Altersbeschränkungen zum Teil für Ältere juristisch verwehrt bleibt. Aktuelles Beispiel: Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat seine Bereitschaft zur Kandidatur für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten nicht zuletzt damit begründet, dass ihm – im Gegensatz zur Landesebene – eine weitere Amtszeit als OB aufgrund der entsprechenden Höchstalterregelung verwehrt bliebe.⁶⁹

Mit den senioren-eigenen Organisationen in den Parteien, der Senioren-Union (CDU)

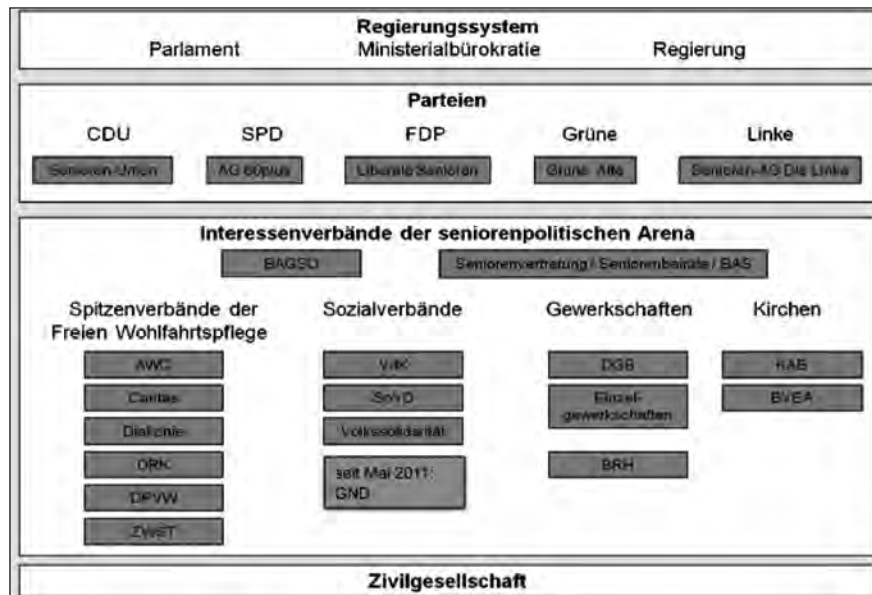


Abbildung 2: Akteure in der Seniorenpolitik⁶⁴

Neben den traditionellen intermediären Großorganisationen wie Parteien und Kirchen, vertreten Gewerkschaften advokatorisch und Sozial- und Wohlfahrtsverbände direkt die Interessen älterer Menschen.⁶⁶ Insbesondere die Arbeitnehmervertretungen und Sozialverbände haben sich in den vergangenen Jahren gegen den Rückbau des Sozialstaates für Ältere und für den lebensstandardsichernden Sozialstaat im Sinne einer umfassenden Klientelpolitik gegenüber Regierung, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit engagiert. Überdies haben in den vergangenen 20 Jahren alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien senioren-eigene Partizipationsstrukturen verankert. Vor allem aber sind die Sozialverbände als öffentliche Vertreter der Älteren verstärkt in die Öffentlichkeit getreten.

Im Folgenden werden exemplarisch die Seniorenorganisationen von SPD und CDU, die Sozialverbände und die Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Interessenvertretung der Älteren skizziert.

Prozent aus.⁶⁷ Nicht etwa überdurchschnittlich viele Beitritte Älterer sind für diese Struktur verantwortlich, sondern die seit Mitte der 1980er Jahren massiv zurückgegangenen Parteieintritte jünger Menschen. Die Partizipationskohorten, die in den 1970er Jahren in beide Parteien geströmt sind und diese nachhaltig veränderten, schrumpfen und bleiben heute weitgehend unter sich. Auf Jüngere wirken CDU und SPD nur wenig attraktiv.

Die Sozialdemokraten überall in Europa sind Graue-Panther-Parteien.
/ Franz Walter /

Um bei Wahlen möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinen, werden alle Parteien wohl verstärkt auf die Präferenzen der älteren Wähler eingehen. Mit Blick auf die parallel stattfindende Alterung der Wähler- und Mitgliedschaft könnte eine inhaltliche Schwerpunktverlagerung auf altersbezogene Interessenlagen resultieren. Vorstellbar ist, dass in sozialpolitischen Debatten Spannungen zwischen den Gegenwartsinteressen

und der Arbeitsgemeinschaft 60plus (SPD) haben die Mitglieder ab 60 Jahren seit rund 20 Jahren eigene institutionalisierte Sprachrohre. Diese sollen im Folgenden skizziert werden.

Die Senioren-Union

Die CDU richtete im Jahr 1988 als erste Partei eine Sonderorganisation für Ältere ein. Die Senioren-Union zählt im Jahr 2010 rund 56.000 beitragszahlende Mitglieder, ein Drittel ist parteilos.⁷⁰ Die jüngste Vereinigung der CDU steht auch Parteilosen offen, um eine lose Bindung an das bürgerlich-christliche Milieu zu ermöglichen. Die Senioren-Union hat rund 347 Kreisvereinigungen, davon 320 in West-Deutschland und 27 in den ostdeutschen Bundesländern. Erklärtes Hauptziel ist es, die Interessen der Älteren innerhalb des Willensbildungsprozesses der CDU einzubringen.

In der öffentlichen Wirkung spielte die Senioren-Union als eigene Altenorganisation in der CDU lange Zeit eine untergeordnete Rolle. Seit etwa 2008 erhält die Vereinigung jedoch zunehmend eine wichtige strategische und symbolische Funktion. Da es der CDU zunehmend schwerer fällt, ältere Wähler für sich zu gewinnen, sind Anstrengungen zu erkennen, die Senioren-Union als relevante Vorfeldorganisation aufzubauen. Lange galt: Gewinnen die Christdemokraten 50 Prozent der Wählerstimmen der über 60-Jährigen, so gilt der Wahlsieg als sicher. Allerdings sind auch die einstigen Stammwähler volatiler geworden.

Die strategische Ausrichtung ist vor allem an dem Ausbau der hauptamtlich geführten Bundesgeschäftsstelle als strategisches Zentrum zu sehen, die neben der Pressebetreuung auch Fundraising betreibt und Expertise erhält. Zudem avancierte der Bundesvorsitzende Otto Wulff zum charismatischen Sprecher seiner Klientel. Bisweilen nimmt die Senioren-Union auch eine harte Gangart ein, wenn sie etwa sozialpolitische Entscheidungen öffentlich kritisiert. Mit der Betonung der wichtiger werdenden älteren Wählerschaft nutzt sie bisweilen das machtpolitische Instrument der Drohung, indem sie etwa bei anstehenden Wahlen ihre Unterstützungsbereitschaft in Frage stellt. Oder sie kündigt an, wie im Fall Spahns, die Kandidatur des in ihren Augen in Missfallen geratenen Abgeordneten verhindern zu wollen – ohne dies allerdings final umzusetzen. Die CDU-Parteiführung reagierte auf die oszil-

lierenden intergenerationalen Spannungen in den eigenen Reihen und berief die „Union der Generationen“.⁷¹ Dieses Personaltandem, bestehend aus dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union sowie der Senioren-Union, soll die ungebrochene Generationensolidarität der CDU demonstrieren.

Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren der SPD (AG SPD 60plus)

Als Reaktion auf den steigenden Anteil älterer Mitglieder wurde 1994 in der SPD die Arbeitsgemeinschaft der Älteren gegründet. Da die Mitgliedschaft – im Gegensatz zur Senioren-Union – automatisch allen Sozialdemokraten ab dem 60. Lebensjahr übertragen wird, handelt es sich um die größte parteiinterne Gliederung. Im Jahr 2010 war sie mit rund 225.000 Genossen formal die größte Arbeitsgemeinschaft; allerdings engagieren sich in diesen Strukturen nach Angaben des SPD-Parteivorstands lediglich circa 40.000 Mitglieder. Motiviert war die Gründung von der Idee, die Chancen älterer Bewerber auf politische Führungsämter oder Bundestagsmandate zu erhöhen.⁷² Ebenso sahen die Strategen im SPD-Parteivorstand in dieser organisationspolitischen Modernisierung einen Weg, Neu-Mitglieder jenseits der 50 für die Parteimitgliedschaft zu gewinnen.⁷³ Ziel ist neben der Interessenvertretung der Älteren nach innen und nach außen die Förderung des Engagements der Älteren. Die innerparteiliche Bedeutung der AG SPD 60plus ist aufgrund der schwachen Führungsqualitäten des gegenwärtigen Vorstands und der geringen Finanzausstattung als marginal zu betrachten. Die Parteiführung betont zwar den Einsatz der AG 60plus in Wahlkämpfen; die Fähigkeit innerparteilich – etwa in der Frage der Rente mit 67 – Druck auszuüben, besitzt die Arbeitsgemeinschaft allerdings nicht.

Die Sozialverbände als Agitatoren der Älteren?

Die Sozialverbände treten als Advokaten für die Rechte der älteren Generation zunehmend offensiver in der Öffentlichkeit auf. Die Medien zeichnen das Bild der mächtigen ‚Rentnerlobbyisten‘. Ursprünglich sind die Sozialverbände „Sozialverband VdK“ (VdK), „Sozialverband Deutschland“ (SoVD) (ehemals Reichsbund) und „Volksolidarität“ (VS) als Reaktion auf die Not der Kriegsoffer nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gegründet worden. Die ehemaligen Kriegsofferverbände, die sich

infolge des naturbedingten Aussterbens der Kriegsbeschädigten nach und nach auch für andere Mitgliedergruppen öffneten, organisieren heute als moderne Sozialverbände neben Kriegs- und Wehrdienstgeschädigten, Menschen mit Behinderungen und Hinterbliebenen auch Rentner, ältere Arbeitnehmer und Sozialhilfeempfänger. Anders als Parteien und Gewerkschaften weisen sie steigende Mitgliederzahlen aus. Im Jahr 2010 zählte der VdK rund 1,5 Millionen Mitglieder, der SoVD rund 520.000 Mitglieder, die Volkssolidarität 289.000. Zwischen 1992 und 2008 verzeichnete beispielsweise der VdK einen Mitgliederzuwachs von rund 50 Prozent. Insbesondere die ‚Agenda 2010‘-Politik der rot-grünen Bundesregierung und der damit verbundene steigende sozialrechtliche Beratungsbedarf scheint die positive Mitgliederentwicklung befördert zu haben.

Sozialverbände sind für mich ein wichtiger Bestandteil unseres auf Solidarität beruhenden Gesellschafts.
/ Anja Weisgerber /

Im Vergleich zu den Wohlfahrtsverbänden sind VdK und SoVD echte Mitglieds- bzw. partizipative Klientelorganisationen. Über 50 Prozent der Mitglieder gehören zum betroffenen Klientel. So ist das primäre Organisationsziel die Verbesserung des Klientelstatus'. Der Organisationszweck der Sozialverbände besteht in der sozialen Rechtsberatung nach innen und der selbstorganisierten sozialpolitischen Interessenvertretung nach außen.⁷⁴ Die zunehmende Mitgliederzahl der Sozialverbände lässt vermuten, dass die umfangreichen Service-, Beratungs- und Interessenvertretungsprogramme von den älteren Menschen positiv beurteilt und in Anspruch genommen werden.

Der direkte politische Einfluss von VdK und SoVD kann mit Blick auf tatsächliche sozialpolitische Entscheidungsprozesse eher gering eingeschätzt werden, da es sich um Sozialanspruchsvereinigungen handelt.⁷⁵ In Fragen des Behindertenrechts üben die Sozialverbände einen größeren Einfluss auf die Regierungspolitik aus als im Bereich der klassischen Sozialpolitik, da bei der Renten- und Pflegepolitik vorrangig Finanzierungs- und Stabilisierungsfragen ausgehandelt und Betroffenenorganisationen wenig gehört werden.⁷⁶ Zudem stehen die Sozialverbände in den letztgenannten Politikfeldern in starker Konkurrenz zu einflussreichen Interes-

senverbänden wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Deutschen Rentenversicherung. Die Sozialverbände werden gegenüber diesen Akteuren strukturell benachteiligt: Zwar werden sie in der ‚political community‘ als Akteure mit allgemeiner rentenpolitischer Kompetenz wahrgenommen und als Ansprechpartner in den jeweiligen Gesetzgebungsprozessen aufgesucht, sie haben jedoch keinen Zugang zu den korporatistischen Gremien und inneren Verhandlungszirkeln.⁷⁷ Gleichwohl haben die Sozialverbände bei den sozialpolitischen Debatten der vergangenen Jahre durch ihr kämpferisches Engagement in der Öffentlichkeit eine größere Aufmerksamkeit erreicht und werden von vielen älteren Menschen als Interessenvertretung geschätzt.

Gewerkschaften und die Seniorenfrage

Ähnlich wie Parteien sind auch die Gewerkschaften von der Alterung ihrer eigenen Mitgliedschaft betroffen. Im Jahr 2010 waren 22 Prozent der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Mitglieder im Rentenalter, wenngleich die Anteile in den Einzelgewerkschaften stark divergieren. Während beispielsweise der Anteil der Gewerkschaftsenioren in der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) bei rund elf Prozent liegt, sind es in der IG Metall 24 Prozent. Diese Seniorenquote wird sich ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, noch weiter erhöhen. Gleichzeitig sind die Gewerkschaften aufgrund ihrer Mobilisierungs- und Konfliktfähigkeit traditionell die ressourcenstärksten Anwälte des etablierten Sozialstaates für Ältere – nicht zuletzt aufgrund der Kopplung zwischen Lohn- und Rentenentwicklung.

Trotzdem reagieren die Gewerkschaften bislang ambivalent hinsichtlich ihres eigenen Senioren-Potenzials: So sprechen die Vorteile der Mitgliederstärke und die Stärkung der gewerkschaftlichen Handlungsbasis durch das ehrenamtliche Engagement vor allem der ‚jungen Alten‘ für einen Ausbau des seniorenpolitischen Profils. Andererseits bestehen Befürchtungen insbesondere bei den Industriegewerkschaften, dass es durch eine zu profilierte Rolle der Senioren zu einer Funktionsüberlastung der Gewerkschaften kommen könnte, indem das eigene Selbstverständnis als zukunftsorientierte Arbeitsmarktakeure und Interessenvertreter der Erwerbstätigen konterkariert werde.⁷⁸ Bisher, so scheint es, finden die Gewerk-

schaften jedoch einen Weg, die Interessen der Erwerbstätigen und die Interessen der Ruheständler auszubalancieren.

Ein neuer Akteur: Das „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND)

Mit dem im Frühjahr 2011 gegründeten „Generationen Netzwerk für Deutschland“ (GND) erhalten die etablierten Sozialverbände einen neuen Konkurrenten. Zwar steckt das GND noch in den Kinderschuhen und tritt bislang kaum wahrnehmbar in der Öffentlichkeit auf, sein finanzieller und organisatorischer Geburtshelfer ist jedoch der große Automobilverband ADAC.⁷⁹ Ähnlich wie die AARP in den USA möchte das GND als Lobby die Interessen der Älteren in der Sozialpolitik vertreten.

Bis 2012 will das GND 150.000 – zahlende – Mitglieder rekrutieren, die Information und Beratung zu Themen wie Pflege, Finanzen, Vorsorge, Gesundheit, Beruf und Freizeit angeboten bekommen sollen. Ein eigenes Versicherungsangebot soll folgen. Gleichzeitig versteht sich die Organisation explizit als ‚Bürgerbewegung‘, die die Interessen der älteren Generationen politisch vertreten und auch Stützpunkte für ehrenamtliches Engagement aufbauen will. Grundlage für dieses Projekt sind aufwendige wissenschaftliche Voruntersuchungen, die ein entsprechendes Nachfragepotenzial unter den Älteren in Deutschland identifiziert haben wollen. Ob dieses Projekt Erfolg haben wird, lässt sich freilich derzeit noch nicht sagen.

Die antizipierte Macht der Älteren

Noch ist in Deutschland keine breite ‚Graswurzelbewegung‘ der älteren Generation zu beobachten. Zu heterogen sind ihre Interessen, Lebenslagen und Bedürfnisse, als dass auf dieser Grundlage ein geteiltes Bewusstsein im Sinne einer Interessenvertretung entlang des Alters heranwachsen könnte. Diese Divergenz spiegelt sich auch in der Vielzahl unterschiedlicher Interessenvertreter im Feld der Seniorenpolitik wider. Solange ihre unmittelbaren Gegenwartsinteressen unverfehrt bleiben und keine persönliche Betroffenheit auslösen, entschließen sich Ältere nicht, sich einer breiten, auf einer singulären Interessenlage basierenden Bewegung anzuschließen. Vielmehr gilt hier weiterhin die passive Repräsentationsthese, wonach sich ältere Menschen in ihren Interessen von Jüngeren adäquat vertreten fühlen.⁸⁰ Auch die alten wie neuen Akteure der

Seniorenpolitik verfolgen bislang keine generationenseparierende Politik.

Es ist eine Frage der Menschenwürde, dass unsere Gesellschaft dafür sorgt, dass niemand Angst davor haben muss, in seinen letzten Lebensjahren arm, abgeschieden und schlecht versorgt zu sein.

/ Ulrike Mascher (VdK) /

Gleichwohl zeigt sich, dass dies keineswegs so bleiben muss. Gerade in sozialpolitischen Entscheidungen, die zu Lasten ihrer Klientel gehen könnten, versuchen die Interessenvertreter die Älteren vehement zu verteidigen. Um ihrer Veto-Stimme lautstark Gehör zu verschaffen, unterstreichen sie mit medialer Wirkung ihr Einwirkungspotenzial auf diese Gruppe, indem sie die politischen Entscheidungsträger der Parteien ermahnen, nicht zu Lasten der Älteren zu handeln. Das Potenzial einer real wirksamen Drohkulisse, welche sich vor allem die Sozialverbände zu Nutze machen, ist die numerische Mitgliedergröße des eigenen Verbandes, aber vor allem die wachsende Wählergruppe der über 60-Jährigen. Sie bedienen sich damit dem Instrument der Drohung. Rainer Paris hat über die Methode dieser Interaktionsmacht folgendes festgehalten:

„Nicht die Sanktion oder gar die Legitimation ist der Prototyp sozialer Macht, sondern die Drohung, die offene oder verdeckte Ankündigung, der andere werde demnächst mit erheblichen Nachteilen zu rechnen haben, wenn er nicht alsbald zu Willen ist und sein Widerstreben aufgibt [...] Mit einer Drohung verhängt man keine Strafe, sondern kündigt sie an; man verdeutlicht ein Potential, dessen Realisierung noch aussteht und ultimativ an das zukünftige Verhalten des anderen gekoppelt wird.“⁸¹

Die Reaktion, das mutmaßen auch die Autoren des Sechsten Altenberichts der Bundesregierung, führe als „vorausiegender Gehorsam“ zu spezifischen Handlungsweisen von Politikern, die auf die vermeintlichen politischen Interessen der älteren Menschen insbesondere vor Wahlen bevorzugt eingehen, um auf diese Weise bei der wichtigen Wählergruppe zu werben.⁸²

Auch als Mehrheit in den Parteien kommt den langjährigen, älteren Mitgliedern insbesondere bei der Kandidatenauswahl bei Nominierungsversammlungen große Bedeutung zu. Mandats- wie auch Amtsträger sind an ihre lokale Parteibasis rückgekoppelt

und müssen für sich und ihre (erneute) Kandidatur bei den Mitgliedern werben, sie überzeugen und mobilisieren. Im Vorfeld der Nominierungsversammlung präsentieren sich Bewerber in sogenannten Tingeltouren durch die Ortsvereine bzw. Ortsverbände, Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen, um eine möglichst breite Machtbasis zu organisieren.⁸³ Dass dabei die Altersstruktur der Mitgliederbasis eine Rolle spielt, wird von Funktionären des mittleren Alters zwar nicht offen artikuliert, gleichwohl sind sich Mandatsbewerber darüber im Klaren, wer sie wählt.⁸⁴ Bei örtlichen Parteiveranstaltungen stellen die Älteren die anwesende Mehrheit, eine nicht zu vernachlässigende Tatsache. Funktionäre und Mandatsträger nehmen augenscheinlich von vornherein Wünsche und Erwartungen auf, um vage befürchtete Konfliktsituationen zu vermeiden und um Wohlwollen und letztlich Unterstützung bei ihrer Kandidatur zu erhalten. Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), der seine eigene Zustimmung zur außerplanmäßigen Rentenerhöhung im Jahr 2008 im Nachhinein kritisch beurteilt, sieht eine Gefahr in den ungleichen Mehrheitsverhältnissen zwischen Alt und Jung.⁸⁵ Abgeordnete aller politischen Couleur stehen damit bei notwendigen Reformen – etwa bei der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters oder beim Ausbau kinderbezogener Leistungen – unter einem besonderen Handlungsdruck.

Zur Diskussion

Die bisherigen Ausführungen haben dargelegt, dass die Mehrheit der Älteren an einer aktiven Einflussnahme kaum interessiert ist, die einseitig auf ihre altersbezogenen Interessen ausgelegt ist. Auch sind Ältere in der Legislative und Exekutive unterrepräsentiert, was letztlich auch darauf zurückzuführen ist, dass Politik als Beruf in der Ruhestandsphase nur für eine Minderheit eine erstrebenswerte Option darstellt.

Im Feld der Seniorenpolitik teilen alle Akteure ein generationenübergreifendes Politikverständnis. Eine Politik, welche die Balance der Generationensolidarität gefährden könnte, wird bislang weitgehend vermieden. Allerdings erhält die numerische Größe der Älteren einen eigenen Machtfaktor, indem sie als Drohinstrument genutzt wird. Um Entscheidungsmechanismen politischer Verantwortlicher aus dem Prinzip der antizipierten Reaktion zu lösen und weiterhin einen generationenübergreifenden

Konsens ausbalancieren zu können, scheint es unerlässlich, in einen offenen und ehrlichen politischen Dialog einzutreten.

Die Parteien CDU und SPD sind in doppelter Weise vom beschriebenen Prozess betroffen: Zum einen durch die alternde Wählerschaft, die sie umwerben müssen, und zum anderen durch die altersstrukturelle Verzerrung der eigenen Mitgliederstruktur. Um für Jüngere attraktiv zu sein, wird in der Revitalisierungsdebatte die Einführung einer Jugendquote für Parteiämter vorgeschlagen.⁸⁶ Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 konnte bei ihrer empirischen Untersuchung herausarbeiten, dass bei der Mehrheit der befragten älteren Mitglieder eine solche Reform Unterstützung fände.⁸⁷ Jüngere würden in den Vorständen gesicherte Plätze erhalten; insbesondere in großen Landesverbänden und Kreisverbänden könnte auf diese Weise der langwierige Prozess der innerparteilichen „Ochsentour“ aufgebrochen werden. Die positive Folge wäre ein Attraktivitätsgewinn für Parteien bei jüngeren Personen, die nicht erst nach einer zähen Bewährungsphase die Möglichkeit bekommen, Verantwortung in Funktionen zu übernehmen. Gleichwohl können Quotierungen zu einer machtpolitischen Stigmatisierung führen. Die Einführung der Frauenquote hat in der Tat zu einer Zunahme von Frauen in Parteigremien geführt. Um Machtpositionen zu erreichen, vermeiden Spitzenpolitikerinnen jedoch weiterhin, mit der Quote in Verbindung gebracht zu werden.⁸⁸

Wenn man einem Menschen trauen kann, erübrigt sich ein Vertrag. Wenn man ihm nicht trauen kann, ist ein Vertrag nutzlos.
/ John Paul Getty /

Als eine mögliche Alternative zur statutarischen Einführung einer Jugendquote könnten gezielte Mentoringprogramme zwischen älteren und jüngeren Funktionären diskutiert werden. Beispielsweise fördert die CDU Niedersachsen im Projekt „Talentschmiede Niedersachsen“ gezielt Jüngere und hat damit positive Erfahrungen sammeln können. Ebenso hat der Landesvorstand für die Besetzung von kommunalen Wahllisten eine Jugendquote beschlossen. Bei der Kommunalwahl im September 2011 mussten unter den ersten sechs Listenplätzen ein Kandidat unter 40 und einer unter 30 Jahren vertreten sein. Einer der beiden muss auf den ersten

drei Listenplätzen stehen.⁸⁹

Vor allem aber wird es darum gehen müssen, in der gesellschafts- und sozialpolitischen Debatte den Generationenvertrag und seine Glaubwürdigkeit für zukünftige Generationen kritisch und deutlich auf seine Belastbarkeit zu prüfen und zu erweitern, so dass das generationenübergreifende Politikverständnis weiterhin Bestand haben kann. In alternden Gesellschaften wird es darum gehen, die Interessen der jüngeren Generation neu zu festigen. Der institutionelle Rahmen ist so zu gestalten, dass eine gerechte Interessenausbalancierung auch angesichts einer veränderten Bevölkerungs- und Wählerstruktur politisch realisierbar ist und von allen Akteuren getragen wird.

Fazit

Eine ‚Gerontokratie‘, also eine Herrschaft der Älteren, wird es aller Voraussicht nach nicht geben. Zumindest ist die Wahrscheinlichkeit zu gering, dass die Älteren ein kollektives Bewusstsein auf der Basis eines singulären Interesses entwickeln. An einer aktiven Einflussnahme, etwa an einer zweiten Karriere in der Politik im Ruhestand haben die wenigsten dieser Altersgruppe Interesse. Für die politischen Führungsgremien der Parteien wie für die politische Legislative und Exekutive kann vielmehr eine veritable Repräsentationslücke festgehalten werden. Eine Graswurzelbewegung dieser Altersgruppe im Sinne einer nachhaltig separierenden Interessenpolitik ist ebenfalls nicht zu erkennen. Der Ausgleich der Interessen findet nach wie vor innerhalb der korporativen generationenübergreifenden Interessenverbände und Parteien statt.

Und doch wird den Älteren aufgrund der Mehrheitsverhältnisse zwischen Alt und Jung Macht zugeschrieben: Einerseits als anwesende, zeitreiche Mehrheit an der Parteibasis, die beispielsweise bei Kreiswahlparteitagen über Kandidaten entscheidet, andererseits als wachsende wahlstrategische Wählergruppe. Das Mehrheitsgewicht der älteren Mitglieder (und Wähler) nutzen insbesondere die Sozialverbände, um ihren Anliegen Nachdruck zu verleihen. Vor allem die zunehmende Bedeutung der wachsenden Anzahl älterer Wähler erhöht die Glaubwürdigkeit der aufgebauten Drohkulisse. Diese Machtform lässt sich als eine antizipierte verstehen, die bisweilen in einem vorauseilenden Aktionismus von Seiten der politischen Akteure zum Ausdruck kommen kann. Die außerplanmäßige ‚Rentengaran-

tie‘ der Großen Koalition im Jahr 2008, die letztlich eine systemwidrige Abkopplung der Rentenanpassung an die Lohnentwicklung war, ist dafür ein beredtes Beispiel.

Um die Interessen von Alt und Jung weiterhin auszubalancieren, gilt es, politische Debatten um die Zukunftsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Generationenvertrages ehrlich zu führen. Politische Entscheidungsakteure sollten sich von vermeintlichen Drohkulissen nicht vereinnahmen lassen. Auch mögliche Einschnitte der heutigen Rentnergeneration sollten offen diskutiert werden können, ohne Abstrafungen fürchten zu müssen.

Anmerkungen

1. Dieser Beitrag verwendet ausschließlich die männliche Sprachform. Bei allen Personen- und Funktionsbezeichnungen sind stets auch weibliche gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde für eine bessere Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

2. Während ein Viertel der deutschen Bevölkerung im Jahr 2010 60 Jahre und älter war, ist mit Ausnahme von Bündnis90/Die Grünen der Anteil der Parteimitglieder in dieser Altersgruppe in allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien deutlich höher. Im Jahr 2008 verzeichnete die FDP 34,9 Prozent Mitglieder über 60 Jahre, Bündnis90/Die Grünen sind mit 11,4 Prozent die „jüngste“ Partei. Die „älteste“ Partei zum Jahresende 2007 war die Linke, in der 54 Prozent der Parteimitglieder 60 Jahre und älter waren. Vgl. Niedermayer 2011: 365-383.

3. Die AARP wurde 1958 gegründet und gilt nach der katholischen Kirche als der größte Rentner- und Freiwilligenverband der USA. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 85.

4. Neben einem generellen Anstieg des freiwilligen Engagements bei älteren Menschen arbeitet der Freiwilligensurvey zudem heraus, dass sich deren Engagement auch zunehmend auf die politische Vertretung der eigenen Belange richtet. Vgl. BMFSFJ 2010: 157.

5. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2008: 225.

6. Vgl. u. a. o. V. (12.04.2008): Altpräsident Herzog warnt vor Rentnerdemokratie. In: Die Welt, 5.

7. Das Forschungsprojekt „Alternde Gesellschaften und Organisationen für Ältere. Sozialverbände und Gewerkschaften in

nationaler und internationaler Perspektive“, welches von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde, wurde von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder an der Universität Kassel geleitet. Die Forschungsergebnisse sind veröffentlicht in: Schroeder/Munimus/Rüdt 2010.

8. In der von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Promotion wird die Frage erörtert, wie sich die zahlenmäßige Überrepräsentanz der Mitgliedergruppe der über 60-Jährigen auf die Volksparteien CDU und SPD auswirkt. Die Untersuchung nimmt drei Forschungsperspektiven ein: Zum einen wird das Augenmerk auf die personelle Ausstattung hinsichtlich der Repräsentanz Älterer in der Amts- und Mandatsträgerschaft gelegt. Der zweite Fokus setzt sich mit der Frage auseinander, wie Senioreninteressen institutionell in CDU und SPD organisiert sind. Dabei interessiert, welche Rolle die parteieigenen Seniorenorganisationen einnehmen und wie sie sich im innerparteilichen Meinungsbildungsprozess einbringen. Die letzte Perspektive geht der Frage nach, wie sich die Mitgliederalterung auf der untersten Organisationsebene, der Parteibasis, niederschlägt. Hierfür wurde empirisches Material in vier Fallstudien erhoben.

9. Vgl. Sackmann 1998: 713-720.

10. Im Jahr 2009 erhielten 2,5 Prozent der rund 17 Mio. über 65-Jährigen eine staatliche Grundsicherung. Vgl. Goebel/Grabka 2011: 5.

11. Göckenjan 2007: 137.

12. Vgl. Tremmel 2005: 18.

13. Interview von Roland Koch (2010): Ende der Behutsamkeit. In: Der Spiegel, 20/2010, 24-27.

14. Schirmmacher, Frank (18.05.2010): Roland Kochs Wette. In: Frankfurter Allgemeine, 19.

15. Vgl. Wilkoszewski 2009 und Wilkoszewski 2010: 355-386.

16. Organisierte Interessen bzw. Interessengruppen kennzeichnen folgende Eigenschaften: „Sie sind ein freiwilliger Zusammenschluss sozialer Einheiten mit bestimmten Zielen. Sie organisieren sich arbeitsteilig und bilden Führungsstrukturen heraus. Sie haben die Zielsetzung, die individuellen, materiellen oder immateriellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen“. Vgl. Straßner 2004: 22.

17. Die Organisationsfähigkeit von Interessen betrachtet Claus Offe im Zusammenhang des Hauptgegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in kapitalistischen Wirtschaftssystemen. Er unterscheidet zwischen

organisierten Interessen in „privilegierten“ und „unterprivilegierten“ Lebensbereichen. Organisierbar seien nach seiner Auffassung nur solche Interessen, die von einer sozialen Gruppe als gemeinsames Spezialbedürfnis interpretiert werden könne. Vgl. Offe 1975: 135-165.

18. Vgl. Straßner 2004: 47.

19. Vgl. BMFSFJ 2010a: 460.

20. Vgl. BMFSFJ 2010a: 460.

21. Vgl. BMFSFJ 2010b.

22. Vgl. Willems/Winter 2007: 19f.

23. Vgl. Kaufmann 2005: 203.

24. Vgl. Winter 1997: 124.

25. Vgl. Olson 2004.

26. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 433.

27. Vgl. Tews 1989: 171.

28. Vgl. Marwel/Oliver 1993: 10.

29. Vgl. Schmidt 2009: 275.

30. Vgl. Bundeswahlleiter 2009: 8.

31. Vgl. Bundeswahlleiter 2009: 8.

32. Vgl. Künemund 2006: 283-432.

33. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird das stellvertretende Elternwahlrecht für Kinder diskutiert. Vgl. Goerres/Tiemann 2009: 50-74.

34. Vgl. Jesse 2010: 95.

35. Vgl. Goerres 2009: 302.

36. Vgl. Bösch 2007: 206.

37. Vgl. Neckel 1993: 542.

38. Vgl. Bundeswahlleiter 2010. Eigene Darstellung, nicht alle Bundestagswahlen.

39. Vgl. Goerres 2009: 304f. sowie Bürklin 1989: 116-140.

40. Die veränderte Wahrnehmung der eigenen Rolle gegenüber dem Staat ist bislang noch nicht näher untersucht. Vgl. Goerres 2009: 305.

41. Vgl. Jesse 2010: 94.

42. Vgl. Bertelsmann Stiftung 2004: 66.

43. Vgl. Goerres 2009: 306.

44. Vgl. Piliavin 1987: 351-368.

45. Vgl. Kalisch 2008.

46. Vgl. Alber 1994: 155.

47. Vgl. Roth/Emmert 1994: 177.

48. In Untersuchungen zu Lebenszyklus- und Kohorteneffekten in Deutschland wurden leicht ansteigende Wahrscheinlichkeiten zu Gunsten der Lebenszykluseffekte aufgezeigt. Vgl. Rattinger 1994: 73-122. Goerres konnte in seinen Untersuchungen keinen Nachweis erbringen, dass alternde Wähler in ihrer Parteienwahl oder in ihren politischen Wertvorstellungen konservativer werden und verweist auf die Art der statistischen Analyse, die künstliche Verzerrungen beinhalten kann. Vgl. Goerres 2009: 116f.

49. Künemund 2004: 289.

50. Die Stärke dieser Kohorte ist dadurch zu erklären, dass die Unionsparteien nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Ära der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Stabilität in der Bundesrepublik registrierten. Auch das Recht auf freie Wahlen nach dem Krieg wurde mit der Kanzlerschaft Adenauers positiv in Verbindung gebracht. Ebenso wurde die Parteienidentifikation in West-Deutschland bis in die 1970er Jahre wesentlich von der Bindungskraft des konservativen Milieus und der formalen Kirchenmitgliedschaft positiv beeinflusst. Vgl. Goerres 2009: 313.

51. Vgl. Jesse 2010: 97.

52. Vgl. Inglehart 1997.

53. Vgl. Künemund 2004: 290.

54. Vgl. Falter/Gehring 1998: 463-503.

55. Vgl. Schmidt 2009: 273-286.

56. Vgl. Goerres 2009: 314.

57. Die Rentnerparteien RRP und RENTNER erhielten bei der Bundestagswahl 2009 zusammen 0,3 Prozent der Wählerstimmen. Vgl. Bundeswahlleiter 2010. Die erste Partei, die sich offensiv für Rentner einsetzte, waren die „Grauen Panther“ bzw. die „GRAUEN“, die in den 1990er Jahren durch ihre provokativen Aktionen bundesweit Aufmerksamkeit erhielten. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 53.

58. Vgl. hierzu die mediale Berichterstattung u. a. Bohsem, Guido (09.04.2008): Wertloses Geschenk. In: *Süddeutsche Zeitung*, 4; o. V. (12.04.2008): Nagelprobe für die Rentner-Demokratie. In: *Frankfurter Allgemeine*, 4.

59. Der Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt bezeichnete CDU und SPD als die zwei großen Sozialstaatsparteien, die zwar in einem Konkurrenzverhältnis hinsichtlich ihrer inhaltlichen Sozialpolitik und in ihrem Staatsverständnis, demnach auch um die Gunst des Wählerwillens stehen. Sie erzielen jedoch häufig nach langen politischen Auseinandersetzungen konsensuale Entscheidungen bei der Ausgestaltung sozialstaatlicher Regelungen und Leistungen. Vgl. Schmidt 2007: 137-158.

60. Bonoli und Häusermann konnten einen ähnlichen Alterseffekt bei Referenden in der Schweiz feststellen. Insbesondere bei arbeitspolitischen Fragen zeigen sich die Unterschiede zwischen Personen in Erwerbstätigkeit und im Ruhestand. Über 65-Jährige würden sich demnach häufiger beispielsweise gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprechen. Vgl.: Bonoli/Häusermann 2011: 187-206.

61. Hierzu gibt es bisher kaum Untersu-

chungen. Achim Goerres argumentiert in diese Richtung auf der Basis von Umfrageergebnissen. Vgl. u. a. Goerres 2009: 118.

62. Vgl. Goerres 2009: 120.

63. Vgl. Schmidt 2007: 276.

64. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 53. Eigene Ergänzung.

65. Die genaue Zahl der kommunalen Seniorenbeiräte ist unbekannt. Wie diese Gremien Einfluss auf die kommunalen politischen Entscheidungsprozesse ausüben, bedarf einer profunden wissenschaftlichen Untersuchung.

66. Sozialverbände betreiben als partizipative Klientelorganisationen eine direkte Interessenvertretung. Damit bieten sie Rentnern die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und auf diese Weise ihre Interessen direkt zu artikulieren. Demgegenüber liegt der Handlungslogik der Gewerkschaften zwar einerseits ein Selbstverständnis als generationenübergreifende Solidargemeinschaft zugrunde, sie verstehen sich jedoch primär als Erwerbstätigenorganisationen. Für ihre verrenteten Mitglieder handeln sie folglich lediglich im Sinne einer advokatorischen Interessenvertretung bzw. einer Mitvertretung der Rentnerinteressen, da diese nicht zu ihrer genuinen Kernklientel zählen. Aus gewerkschaftlicher Sicht handelt es sich hierbei um eine Randfunktion, die sie im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Vertretungsanspruchs verfolgen. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 33.

67. Vgl. Niedermayer 2011: 365.

68. Neumann, Philipp (5.04.2008): Wenn die Alten zornig werden. In: *Die Welt*, 3.

69. Bürger ab einem bestimmten Alter werden daran gehindert, für das Amt des hauptamtlichen Bürgermeisters zu kandidieren bzw. das Amt anzutreten. Das Höchstalter für die Kandidatur liegt in Mecklenburg-Vorpommern bei 58 Jahren und 65 Jahren in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Lediglich die Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen sieht kein Höchstalter vor. Vgl. Schrameyer 2004: 61.

70. Der Beitritt erfolgt nicht automatisch, vielmehr muss aktiv eingetreten werden.

71. Vgl. hierzu auch Kohli 2011: 180.

72. Vgl. Naegele 1999: 93-109.

73. Die Gründung der AG 60plus muss auch als eine Reaktion auf die bereits länger stattfindenden Aktivitäten der CDU gesehen werden.

74. Vgl. Winter 1997.

75. Im Gegensatz zu Sozialanspruchsverei-

nigungen müssen Sozialleistungsvereinigungen soziale Hilfen selbst erbringen. Die Wohlfahrtsverbände sind klassische Sozialleistungsvereinigungen mit professionellen Dienstleistungskapazitäten und einer engen Staat-Verbände-Kooperation, die eine Einflussnahme auf die Politik erleichtert. Vgl. Schölkopf 2000: 113-148.

76. Vgl. Schroeder/Munimus/Rüdt 2010: 296.

77. Vgl. Winter 1997: 397.

78. Vgl. Schroeder/Munimus 2011: 112f.

79. Vgl. o. V. (19.05.2011): Ein Netz für junge Alte. In: *Frankfurter Rundschau*, 5.

80. Vgl. Neckel 1993: 542.

81. Paris 1998: 13f.

82. Vgl. BMFSFJ 2010a: 457.

83. Vgl. Reiser 2011: 237-260.

84. So die gewonnenen Einschätzungen aus den im Rahmen der Promotion geführten Gesprächen mit lokalen Funktionärsträgern von CDU und SPD.

85. Steinbrück 2011: 28.

86. Vgl. Leif 2009: 443.

87. Vgl. Laux 2011: 170f.

88. Vgl. u. a. Munimus 2010: 27ff.

89. Vgl. CDU Niedersachsen 2009.

Literatur

- Alber, Jens (1994): Soziale Integration und politische Repräsentation von Senioren. In: Verheugen, Günter (Hg.): 60 plus: die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bundesverlag, 145-168.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- BMFSFJ (Hg.) (2010a): Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.11.2010.
- BMFSFJ (Hg.) (2010b): Studie Wirtschaftsmotor Alter, Kurzfassung. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.02.2011.
- BMFSFJ (Hg.) (2010c): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. <http://www.bmfsfj.de>. Abruf am 11.02.2011.
- Bonoli, Giuliano / Häusermann, Silja (2011): Who Wants What from the Welfare

- State? Socio-structural Cleavages in Distributional Politics: Evidence from Swiss Referendum Votes. In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison. Heidelberg: Springer Verlag, 187-206.
- Bösch, Frank (2007): Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU). In: Decker, Frank / Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-219.
- Bundeswahlleiter (2010): Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen (Heft 4). http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/veroeffentlichungen. Abruf am 22.02.2010.
- Bürklin, Wilhelm (1989): Alte Wähler morgen: „Graue Panther“ oder konservative Stammwähler der CDU? In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Die ergraute Gesellschaft. Berlin: DZA, 116-140.
- CDU Niedersachsen (2009): Dynamische Volkspartei. Beschluss des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen vom 23.01.2009. http://cduniedersachsen.de/sites/default/files/dokumente/beschluesse/Dynamische_Volkspartei-090123.pdf. Abruf am 23.07.2011.
- Falter, Jürgen W. / Gehring, Uwe W. (1998): Alter – ein neues Cleavage? In: Kaase, Max / Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag, 463-503.
- Friedrich, Carl Joachim (1970): Politik als Prozeß der Gemeinschaftsbildung – eine empirische Theorie. Köln: Westdeutscher Verlag.
- Göckenjan, Gerd (2007): Zur Wandlung des Altersbildes seit den 1950er Jahren im Kontext und als Folge der Großen Rentenreform von 1957. In: Deutsche Rentenversicherung, Nr. 2-3, 125-142.
- Goebel, Jan / Grabka, Markus M. (2011): Zur Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. In: DIW Wochenbericht Nr. 25.
- Goerres, Achim / Tiemann, Guido (2009): Kinder an die Macht? Die politischen Konsequenzen des stellvertretenden Elternwahlrechts. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 50 (1/2009), 50-74.
- Goerres, Achim (2009): Das Wahlverhalten älterer Menschen. Ein Beitrag über die Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Wählern. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina N.F. Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 299-322.
- Goerres, Achim (2009): Das Wahlverhalten älterer Menschen. Forschungsergebnisse aus etablierten Demokratien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 41 (1/2009), 102-120.
- Goerres, Achim (2011): Being Less Active and Outnumbered? In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison. Heidelberg: Springer Verlag, 207-224.
- Hockerts, Hans Günter (2011): Abschied von der dynamischen Rente – Über den Einzug der Demografie und der Finanzindustrie in die Politik der Alterssicherung. In: Becker, Ulrich / Hockerts, Hans Günter / Tenfelde, Klaus (Hg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Bonn: Dietz Verlag, 257-286.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies. Princeton: Princeton University Press.
- Jesse, Eckhard (2010): Die Bundestagswahl 2009 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg (1/2009), 91-101.
- Kalisch, Dominik (2008): Politische Repräsentanz Älterer in deutschen Parlamenten. Eine Analyse der Altersanteile in den Landesparlamenten und im Bundestag. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Informationsdienst Altersfragen, Heft 5, September/Oktober 2008.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seine Folgen. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Kohli, Martin (2011): Age Groups and Generations: Lines of Conflict and Potentials for Integration. In: Tremmel, Jörg Chet (Hg.): A Young Generation Under Pressure? The Financial Situation and the „Rush Hour“ of the Cohorts 1970-1985 in a General Comparison. Heidelberg: Springer Verlag, 169-186.
- Künemund, Harald (2006): Partizipation und Engagement älterer Menschen. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Gesellschaftliches und familiäres Engagement älterer Menschen als Potential. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung. Band 5. Berlin: DZA, 283-432.
- Künemund, Harald (2004): Politischer Einfluss der Älteren von morgen. In: Sozialer Fortschritt, 11-12, 286-293.
- Laux, Annika (2011): Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In: Spier, Tim et al. (Hg.): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 157-176.
- Leif, Thomas (2009): Angepasst & ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle. Warum Deutschland der Stillstand droht. München: C. Bertelsmann Verlag.
- Marwel, Gerald / Oliver, Pamela (1993): The critical mass in collective action: a micro-social theory. Cambridge: Cambridge University Press.
- Munimus, Bettina (2010): Heide Simonis. Aufstieg und Fall der ersten Ministerpräsidentin Deutschlands. Stuttgart: Ibidem Verlag.
- Naegele, Gerhard (1999): The politics of old age in Germany. In: Naegele, Gerhard / Walker, Alan (Hg.): The politics of old age in Europe. Buckingham: Open University Press, 93-109.
- Neckel, Sighard (1993): Altenpolitischer Aktivismus. Entstehung und Variation eines Politikmusters, In: Leviathan, Jg. 21 (4/1993), 540-563.
- Nell-Breuning, Oswald von / Fetsch, Cornelius G. (1981): Drei Generationen in Solidarität. Rückbesinnung auf den echten Schreiber-Plan. Köln: J P Bachem Verlag.

- Niedermayer, Oskar (2011): Parteimitgliedschaften im Jahre 2010. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 42 (2/2011), 365-383.
- Offe, Claus (1975): Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Kress, Gisela / Senghaas, Dieter (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 135-165.
- Olson, Mancur (2004): Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorien der Gruppen. 5. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck (Englische Originalausgabe 1965: *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*).
- Paris, Rainer (1998): Stachel und Speer – Machtstudien. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Piliavin, Jane A. (1987): Age, race, and sex similarity to candidates and voting preference. In: *Journal of Applied Social Psychology*, Jg. 17 (1/1987), 351-368.
- Rattinger, Hans (1994): Demographie und Politik in Deutschland: Befunde der repräsentativen Wahlstatistik 1953-1990. In: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag, 73-122.
- Reiser, Marion (2011): „Wer entscheidet unter welchen Bedingungen über die Nominierung von Kandidaten?“ Die innerparteilichen Selektionsprozesse zur Aufstellung in den Wahlkreisen. In: Niedermayer, Oskar (Hg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 237-260.
- Roth, Dieter / Emmert, Thomas (1994): Wahlverhalten der Senioren. In: Verheugen, Günter (Hg.): 60 plus. Die wachsende Macht der Älteren. Köln: Bund-Verlag, 169-188.
- Sackmann, Rainer (1998): „Generationsverhältnis und Gerechtigkeit – das Beispiel Rentenversicherung“. In: *Gewerschaftliche Monatshefte*, Jg. 49 (1/1998), 713-720.
- Schmidt, Manfred G. (2009): Altern und politische Partizipation. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina N.F. Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 273-286.
- Schmidt, Manfred G. (2007): Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren: Sozialpolitik in Deutschland. In: Schmidt, Manfred G. / Zohnhöfer, Reimut (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 137-158.
- Schölkopf, Martin (2000): Politisch repräsentiert oder ausgegrenzt? Pflegebedürftige ältere Menschen und die organisierten Interessen. In: Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 113-148.
- Schramm, Marc (2004): Der kommunale Wahlbeamte – Die Rechtsstellung der kommunalen Wahlbeamten in Nordrhein-Westfalen nach der Reform der Kommunalverfassung 1994. Münster: Lit Verlag, Juristische Schriftenreihe.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina / Rüdert, Diana (2008): Integrierende oder separierende Interessenvertretungspolitik? Zum Selbstverständnis der Akteure der deutschen Seniorenpolitik – Sozialverbände, Gewerkschaften und Parteien im Vergleich. In: *Zeitschrift für Sozialreform*, Jg. 54 (3/2008), 225-250.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina / Rüdert, Diana (2010): Seniorenpolitik im Wandel. Verbände und Gewerkschaften als Vertreter der älteren Generation. Frankfurt: Campus Verlag.
- Schroeder, Wolfgang / Munimus, Bettina (2011): Gewerkschaften als Interessenvertreter der älteren Generation? In: *WSI Mitteilungen* 2/2011, 107-114.
- Steinbrück, Peer (2011): Unterm Strich. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Straßner, Alexander (2004): Begriffliche und theoretische Grundlagen. In: Sebald, Martin / Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-71.
- Streeck, Wolfgang (2009): Einleitung. In: Kocka, Jürgen / Kohli, Martin / Streeck, Wolfgang (Hg.): Politik. Altern in Deutschland, Bd. 8. Nova Acta Leopoldina N.F. Bd. 106, Nr. 370. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft mbH, 265-271.
- Streeck, Wolfgang (1987): „Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 39 (1/1987), 471-495.
- Tews, Hans Peter (1987): Die Alten und die Politik. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hg.): Die ergraute Gesellschaft. Berlin: DZA, 141-188.
- Tremmel, Jörg (2005): Generationengerechtigkeit in der Verfassung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (8/2005), 18-28.
- Vanhuyse, Pieter / Goerres, Achim (Hg.) (2011): *Ageing Populations in Post-Industrial Democracies Comparative Studies of Policies and Politics*. London: Routledge.
- Winter, Thomas von (1997): Sozialpolitische Interessen. Konstituierung, politische Repräsentation und Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Wilkożewski, Harald (2009): Age trajectories of social policy preferences: support for intergenerational transfers from demographic perspective, MPIDR Working Paper WP-2009-034. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/WP-2009-034-pdf>. Abruf am 22.09.2010.
- Wilkożewski, Harald (2010): Alte versus Junge. In: Glaab, Manuela / Weidenfeld, Werner / Weigl, Michael (Hg.): *Deutsche Kontraste 1990-2010. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*. Frankfurt: Campus Verlag, 355-386.
- Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.) (2000): Politische Repräsentation schwacher Interessen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (2007): Interessenverbände als intermediäre Organisationen. In: Willems, Ulrich / Winter, Thomas von (Hg.): *Interessenverbände in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-50.

Presseartikel

Bohsem, Guido (09.04.2008): Wertloses Geschenk. In: Süddeutsche Zeitung, 4.

Hoischen, Oliver (19.07.2009): Die Rentnerfunktionäre. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29/2009, 6.

Neumann, Philipp (05.04.2008): Wenn die Alten zornig werden. In: Die Welt, 3.

Schirmacher, Frank (17.05.2010): Roland Kochs Wette. In: Frankfurter Allgemeine, 19.

Interview von Roland Koch (2010): Ende der Behutsamkeit. In: Der Spiegel, 20/2010, 24-27.

o. V. (12.04.2008): Nagelprobe für die Rentner-Demokratie. In: Frankfurter Allgemeine, 4.

o. V. (12.04.2008): Altpräsident Herzog warnt vor Rentnerdemokratie. In: Die Welt, 5.

o. V. (19.05.2011): Ein Netz für junge Alte. In: Frankfurter Rundschau, 5.



Angaben zur Autorin

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Bettina Munimus (geb. 1980) war wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Alternde Gesellschaften und Organisatio-

nen für Ältere. Sozialverbände und Gewerkschaften in nationaler und internationaler Perspektive“ an der Universität Kassel. Im Rahmen ihrer Promotion untersuchte sie den Alterungsprozess der Volksparteien CDU und SPD. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Parteien- und Verbändeforschung, Wandel von Politik und Ökonomie in Deutschland und Europa insbesondere unter der Perspektive des demografischen Wandels, Sozialstaatsforschung.

Kontakt Daten: EAF | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin
Schumannstraße 5 / 10117 Berlin
E-Mail: munimus@eaf-berlin.de

Konfliktpotenziale zwischen Alt und Jung im deutschen Wohlfahrtsstaat – Eine quantitative Analyse des European Social Survey (ESS)

von Thomas Hollfelder

Zusammenfassung: Bedingt durch eine niedrige Geburtenziffer und eine steigende Lebenserwartung, führt der demografische Wandel in Deutschland zu Finanzierungslücken in den sozialen Sicherungssystemen und zu einer politischen Machtverschiebung zu Gunsten der älteren Jahrgänge. Daraus wird oft vorschnell ein Konflikt der Generationen abgeleitet, ohne dass eine empirische Prüfung der dafür notwendigen sozialen Grundlagen stattgefunden hätte. In dieser Arbeit wird deshalb ein Modell entwickelt, das die Entstehung eines Konfliktes zwischen Alt und Jung skizziert, um anschließend einzelne Aspekte der Genese des Konfliktes empirisch zu überprüfen. Dazu werden drei Einstellungsvariablen analysiert: die Verantwortlichkeit des Staates für die Alterssicherung, die Einschätzung des Lebensstandards im Ruhestand und die erwartete Entwicklung des Rentenniveaus. Als Datengrundlage dient die deutsche Teilstudie der 4. Welle des European Social Survey. Die Analysen zeigen, dass bezüglich der untersuchten wohlfahrtsstaatlichen Einstellungen kein nennenswertes Konfliktpotenzial zwischen Alt und Jung festgestellt werden kann. Mögliche Konfliktlinien lassen sich

vielmehr entlang des Bildungsstatus oder der subjektiven Lebenszufriedenheit ausmachen. Zudem sind, in schwächerem Maße, altersunabhängige subjektive Wertorientierungen und politische Einstellungen konstitutiv für die Einstellungsbildung. Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass in der Bevölkerung gegenwärtig keine Grundlage für einen Konflikt zwischen Alt und Jung auf Gesellschaftsebene existiert.

Einleitung

Deutschland: ein „Land der Generationen“.¹ Eine fast schon romantisch angehauchte Beschreibung, die im Laufe der letzten Dekaden jedoch zunehmend einen brisanten, weniger harmonischen Beigeschmack bekommen hat. Die langfristigen demografischen Trends einer niedrigen Geburtenziffer und steigenden Lebenserwartung führten und führen zu einschneidenden Veränderungen in der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung. So wird der Altenquotient² nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von einem derzeitigen Wert von etwa 50 in naher Zukunft weiter auf über 75 ansteigen, wobei der größte Sprung zwischen

2015 und 2025 mit dem Übergang der Generation der Babyboomer in die Gruppe der mindestens 60-Jährigen zu erwarten ist.³ Durch die damit verbundenen, gravierenden Folgen für die finanzielle Situation der staatlichen Systeme der sozialen Sicherung hat die These eines ‚Generationenkonflikts‘ Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden. Schlagwörter wie die Gefahr einer ‚Geronokratie‘ und der aufkommende ‚Kampf der Generationen‘ halten sich seither hartnäckig. Einzig ein handfester, empirischer Beweis scheint bisher noch auszubleiben. Alles nur eine Frage der Zeit? Gerade einmal 37 Prozent der Bevölkerung sehen ein demokratisches Grundrecht der Generationengerechtigkeit verwirklicht.⁴ Ist der Konflikt also lediglich im Stadium der Latenz, und es fehlt nur ein polarisierendes Ereignis oder eine erneute, breite öffentliche Debatte, bis er sich manifestiert?

Dieser Frage soll in dieser Arbeit nachgegangen werden, indem das Konfliktpotenzial zwischen der Gruppe der Alten und der Gruppe der Jungen analysiert wird. Nach einer knappen Darstellung der Folgen des